OLAF BANDT: VORSITZENDER DES BUND ÜBER ERDGASFÖRDERUNG UND NEUE HAFENPLÄNE

„Damit erreichen wir unsere Klimaziele nicht“

LNG-Terminals ja, aber bitte nicht in der großen Zahl, mit der die Bundesregierung plant, sagt der BUND. Hier das Spezialschiff „Höegh Esperanza“ in Wilhelmshaven. FOTO: SINA SCHULDT/DPA

FOTO: SIMONE NEUMANN

Olaf Bandt (63) ist seit November 2019 Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Der gelernte Kfz-Mechaniker und studierte Umwelttechniker ist verheiratet und hat drei Töchter.

Herr Bandt, wann haben Sie gemerkt, dass Sie etwas für die Natur und die Umwelt tun wollen?

Olaf Bandt: Das war mit 15 oder 16 als Schüler im Politikunterricht, als ich das erste Mal etwas über die Besetzung des Bauplatzes für das Atomkraftwerk Wyhl gelesen hatte. Bilder davon habe ich dann auch im Fernsehen gesehen. Das hat mich sehr beeindruckt und neugierig gemacht. Ich habe mich gefragt: Was steckt dahinter? Was ist dran an der Kritik? Ich habe mich daraufhin in die Literatur eingelesen und mich in der Anti-Atombewegung engagiert.

In Deutschland sind gerade die letzten drei Atomkraftwerke abgeschaltet worden. Welche Bedeutung hat dieser Einschnitt für Sie?

Das war ein guter Tag für alle, die sich Jahrzehnte lang gegen die Atomstromnutzung eingesetzt haben. Wir haben das an allen drei Standorten entsprechend gefeiert. Nicht nur 60 Jahre Atomstromnutzung in Deutschland sind damit beendet, auch dass wir das als Gesellschaft in einem demokratischen Prozess hingekriegt haben, ist ein Wert an sich.

Wie bewerten Sie den Vorstoß von Bayerns Ministerpräsident Markus Söder von der CSU, Atomkraftwerke in Länderregie weiterführen zu lassen? Auch die EU hat Atomkraft ja ein grünes Label verpasst.

Die Entscheidung der EU ist aus unserer Sicht ein Greenwashing. Die Hochrisikotechnologie Atomstromerzeugung ist das Gegenteil von Nachhaltigkeit. Und das, was Herr Söder fordert, würde gegen alle Vorgaben des Atomgesetzes verstoßen, denn für die Atomüberwachung ist in Deutschland allein der Bund zuständig. Ich sehe auch keine politische Mehrheit, die dafür sorgen würde, dass diese Hoheit auf die Länder übergeht. Außerdem müsste sich Bayern überlegen, ob es wirklich die Risiken eines Betriebes auf sich nehmen würde. Das tut Bayern ja jetzt schon nicht, wenn es um die Frage der Atommüllagerung geht. Von daher glaube ich, dass dies eine Mediendebatte ist, die er angeheizt hat, und keine realpolitische.

Nach Ihrer ersten Wahl zum BUND-Chef haben Sie gesagt: „Die Welt steht vor einem Paradigmawechsel. Die Klima- und Artenkrise muss dazu führen, dass wir anders leben, produzieren und konsumieren.“ Wo stehen wir heute?

Alle Welt weiß, auch die Politik in Deutschland, dass wir runter müssen von den CO_2-Emissionen und das sehr schnell. Das ist in den Köpfen der Menschen auch angekommen, aber zeigt sich noch nicht in den Maßnahmen. Jede Maßnahme, die heute getroffen wird, ist nach wie vor umkämpft, etwa der Verbrennerausstieg oder der Heizungsaustausch. Alles bleibt umstritten, das erschwert den Prozess, aber dabei gehen wir immerhin kleine Schritte.

Wo nicht?

Bei der Biodiversität ist alles noch viel schwieriger. Dass das Artensterben mit unseren Rohstoff-, Wasser- und Energieverbräuchen zu tun hat, steht wissenschaftlich außer Frage. Aber hier hat die Politik noch nicht verstanden, was das zum Beispiel für die Produktion in der Landwirtschaft bedeuten muss: Wir brauchen eine naturverträgliche Landwirtschaft und müssen Bäuerinnen und Bauern dafür auch honorieren. Alles billig geht nicht mehr...

> „Es gibt im Moment leider noch viel zu viele Ausnahmen.“

Wie nehmen Sie die Bundesregierung mit Bundeskanzler Olaf Scholz von der SPD bei diesem, wie Sie es nennen, Paradigmawechsel wahr?

Ich nehme wahr, dass der Bundeskanzler den Klimaschutz sehr auf die Frage nach den Emissionen aus der Stromerzeugung reduziert, also auf die Formel Wind und Sonne statt Kohle und Atom. Dort ist er sehr klar, und das ist auch richtig. Aber bei Themen wie Verkehr, Mobilität oder Gebäude ist noch sehr viel mehr zu tun. Das sind Themen, die viel näher an den Menschen sind. Da geht es nicht um Kohlereviere in der Lausitz oder Kraftwerke in einzelnen Städten, sondern hier sind Entscheidungen für jeden spürbar.

Zum Beispiel beim Heizungsaustausch. Wie bewerten Sie den Kabinettsbeschluss zum Ende für Öl- und Gasheizungen?

Das ist ein guter Schritt. Aber es gibt im Moment leider noch viel zu viele Ausnahmen. Und wir glauben auch nicht an alle angeblich wirksamen Lösungen, zum Beispiel die Idee von den sogenannten Wasserstoff-Ready-Heizungen. Das ist eine Nebelkerze. Gastherme in Ein- oder Mehrfamilienhäusern lassen sich nicht so einfach auf grünen Wasserstoff umrüsten. Das ist im Gegenteil aufwendig und teuer. Ich befürchte, dass es hier eher darum geht, dass die Erdgasindustrie ihre Interessen durchsetzen will. Aber damit erreichen wir unsere Klimaziele nicht.

Dafür, dass dies doch gelingt, gibt es das Klimaschutzgesetz. Darin sind für die einzelnen Sektoren wie Verkehr, Landwirtschaft, Energie, Gebäude oder Industrie verbindliche Ziele zur Emissionsreduzierung festgelegt, die jetzt angepasst werden sollen. Die Ampelkoalition verspricht sich davon mehr Flexibilität in unsicheren Zeiten mit hoher Inflation und dem Krieg in der Ukraine. Was halten Sie davon?

Damit hat sich der sogenannte Klimakanzler Olaf Scholz einen Bärendienst erwiesen. Das ist eine Aufweichung, die dazu führt, dass es für alle Beteiligten immer weniger Planungssicherheit gibt. Alle Sektoren, auch diejenigen, die vielleicht schon viel erreicht haben, müssen sich alle zwei Jahre neu der Diskussion stellen, ob sie etwas ändern müssen, weil andere Sektoren ihre Ziele nicht erreicht haben. Das relativiert den Druck auf diejenigen, die ihre Ziele verfehlen.

Im Moment sind das der Gebäudesektor und der Verkehr.

Sie haben in all den Jahren zu wenig getan. Darunter leiden jetzt auch die Privathaushalte, die nicht wissen: Wann sollen sie die Gebäudeheizung sanieren? Wann schafft man sich ein Elektroauto an und gibt den Verbrenner ab? Von daher werden wir alles dafür tun, den Druck auf die Sektoren, die zu wenig getan haben, hochzuhalten.

Das dürfte vor allem für FDP-Verkehrsminister Volker Wissing ungemütlich werden, der den Autobahnausbau forcieren will.

Ich sehe nicht, dass da viel passieren wird. Das ist der untaugliche Versuch, etwas zu beschleunigen in einer Zeit, von der wir wissen, dass wir knappe Planungs- und Ingenieurskapazitäten und personelle Engpässe in den Genehmigungsbehörden haben. Bisher hat es geheißen, dass wir den Ausbau der Erneuerbaren für mehr Energiesicherheit beschleunigen wollen. Jetzt soll es von überragendem öffentlichen Interesse sein, 144 Autobahnen auszubauen? Das wird dazu führen, dass am Ende nichts beschleunigt wird.

Manchmal geht es aber schnell, zum Beispiel bei der Einrichtung des LNG-Terminals in Wilhelmshaven. Warum sind Sie damit trotzdem nicht glücklich?

Es ist richtig, dass wir uns unabhängig machen müssen vom russischen Gas, dass wir LNG-Terminals brauchen. Aber die Frage ist: in welchem Maße? Es soll ja nicht bei zwei, drei sogenannten „floating terminals“ bleiben, sondern die Planungen, die im LNG-Beschleunigungsgesetz festgelegt sind, gehen von 13 Terminals, auch landgebundenen, aus. Das aber würde aus unserer Sicht bedeuten, dass man sich für 20 Jahre auf Strukturen festlegt, die völlig überdimensioniert sind. Denn wenn man die Terminals alle bauen würde, hätten wir mehr LNG-Kapazitäten für fossile Importe, als wir jemals russisches Gas bekommen haben.

Ein anderes Projekt im Norden ist der sogenannte Energy Port in Bremerhaven, der dort entstehen soll, wo einst der OTB geplant war. Er soll, so die Befürworter, „wesentlich zum Gelingen der Energiewende und Versorgungssicherheit beitragen“. Was halten Sie davon?

> „Ich finde es verwegen, an diesem Standort erneut so eine Planung vorzulegen.“

Ich finde es verwegen, an diesem Standort erneut so eine Planung vorzulegen. Wir brauchen eine grüne Wasserstoffinfrastruktur zur Anlieferung aus dem Ausland, aber da gibt es mit Sicherheit bessere Standorte als diesen. Schon die Planung für den OTB war von Anfang an belastet, weil man in Naturschutzgebiete hineingeht, die man dringend braucht für den Kampf gegen das Artensterben. Von daher ist ein neuer Anlauf wenig hilfreich.

Auch der Erdgasförderung in der Nordsee vor Borkum kann der BUND nichts abgewinnen. Dabei soll auch das ein Beitrag zu mehr Versorgungssicherheit sein.

Wir sehen es kritisch, am Rande des Nationalparks Wattenmeer Bohrungen vorzunehmen, weil wir dort schon jetzt eine sehr hohe Flächenbelastung durch Fischerei, Schifffahrt und Offshore-Parks haben. Wir haben dort zwar ausgewiesene Meeresschutzgebiete, aber sie werden nicht wirklich beachtet. Allein deswegen hat eine Erdgasförderung dort nichts zu suchen.

Stellen Sie sich manchmal die Frage, ob der BUND in diesen unsicheren Zeiten, die schnelle Entscheidungen brauchen, nicht zu oft bremst?

Nein, das sehen wir nicht so.

Aber auch Umweltverträglichkeitsprüfungen und Artenschutzuntersuchungen tragen dazu bei, dass viele Entscheidungsprozesse in die Länge gezogen werden.

Deshalb ist es unsere Idee, die sich auch mit dem Ansatz des Bundesumweltministeriums deckt, dass wir deutschlandweit Zielgebiete für den Ausbau der On-Shore-Energie, also Windräder und Photovoltaikflächen, definieren, in denen nicht mehr jede einzelne Anlage eine Genehmigung bekommen muss, weil zuvor eine strategische Umweltprüfung ergeben hat, dass dieses Gebiet geeignet ist. Das wird Prozesse beschleunigen.

Wie viel Zeit haben wir überhaupt noch?

Man sagt, wir haben das Jahrzehnt bis 2030, um den Umbau auf den Weg zu bringen. In diesem Plan sind wir aber noch nicht weit genug. Beispiel Gebäudesektor: Heizungen auszutauschen oder zu sanieren und die Gebäudehülle zu dämmen, sind riesige Investitionsprojekte. Wir haben das ausgerechnet: Wir müssten die Sanierungsgeschwindigkeit verdreifachen.

Hat Deutschland dafür überhaupt das Potenzial? Es fehlen Fachkräfte für die Produktion und Installation.

Neben den ökologischen Zielen ist das in der Tat die große Herausforderung. Wir brauchen eine Fachkräfteinitiative. Viel zu viele Menschen haben keine Berufsausbildung. Das ist ein Auftrag an die Bildungspolitik. Aber es gibt auch die technologischen Herausforderungen. Bei Gebäuden zum Beispiel müssen wir zum seriellen Sanieren kommen. Das gibt es schon, ist schneller und kostengünstiger. Außerdem muss gelten: „Worst first“, also erst die am schlechtesten gedämmten Gebäude sanieren. Das bringt Einsparmöglichkeiten von 80 Prozent bei der verbrauchten Heizungsenergie. Das kommt den Menschen zugute, weil sie Heizkosten sparen, und es ist gut für den Klimaschutz.

Trauen Sie der Ampelkoalition die Energiewende zu?

Ich glaube, dass die Bundesregierung dafür eigentlich gut aufgestellt ist. Sie hat mit der Bauministerin von der SPD eine starke soziale Komponente. Wir haben ein Klimaministerium, das weiß, was Nachhaltigkeit bedeutet. Und wenn die FDP ihren Anspruch, eine Partei des Fortschritts sein zu wollen, einlöst, müsste die Regierung es auf Weg bringen können. Dafür ist sie schließlich auch gewählt worden.

Das Gespräch führte Marc Hagedorn.